Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag, 22. Februar 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32—33. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—83. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,25 Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,50 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Besonders angelegte werden nach besonderem Tarif berechnet.

22. 2. 24 Nr. 89 Ausgabe A 63. Jahrgang.

ZEIGE-WERKE DAS SIEGGEWOHNTE KRAFTRAD NOVS-GÖRLITZ

Pfalz-Aussprache im Reichstag.

Schwere Anklagen gegen Frankreich.

Das Reichsparlament trat Donnerstag in die Aussprache über die Pfalz-Interpellationen ein. Sie brachte zwei Höhepunkte: Die Rede des Reichsministers Hoefle, der ja neben dem Reichsrat der Volksvertretung auch das der besetzten Gebiete verwaltet, und eine längere Rede Dr. Helfferichs. Beide waren wuchtige Anklagen gegen die französische Rheinlandpolitik und -verwaltung, die im richtigen Moment hervorbrach, ihren Eindruck auch auf das Ausland nicht verfehlen. — Auch im übrigen verlief die Aussprache — wie meist, wenn der Reichstag „innern Frieden" hält — ihm allgemeinen sachlich und würdig.

Minister Dr. Hoefle

beantwortete zunächst die Interpellationen. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die vaterländische Gesinnung der Bevölkerung der besetzten Gebiete über jeden Zweifel erhoben ist. Ueber die unerträglich gewordenen Verhältnisse in den besetzten Gebieten erklärt er folgendes:

Im Rheinland stehen 140 000 Mann Besatzungstruppen, darunter 120 000 Farbige.

Neue Gelder werden fast jeden Tag gefordert. Es hat der Anschein, als ob die Franzosen, nachdem sie die Ruhr besetzt haben, Deutschland nicht erdrücken wollen, nach anderen Mitteln suchen, um dort zum Ziele zu kommen. Der Zweck wird durch Verelendung, daß 140 000 Ausgewiesene nicht zurückkehren dürfen und über 1500 Gefangene noch immer nicht betreffen sind. (Stürmisch.)

Es ist erwiesen, daß der Separatismus nur möglich gewesen war durch die französischen Bajonette. Die Sympathien auf den Separatismus ist aber mißlungen.

Wären die Separatisten zum Ziele gelangt, dann wäre auch das Schicksal des ganzen Rheinlandes entschieden gewesen. Wir müssen die völlige Wiederherstellung der deutschen Verwaltung in der Pfalz verlangen. Die Vorbereitung größerer Reparationsleistungen ist die

Wiederherstellung der deutschen Einheit

in Verwaltung und Wirtschaft. Die Einführung der Zahlungen für die Besatzungskosten würde unendliches Elend über die besetzten Gebiete heraufbeschwören, und wir dürfen daher diese Forderung nicht allein von Deutschland, sondern unserer Regierung zur Verwahrung.

Der Minister schließt mit dem Wunsche, daß der Tag kommen möge, der unseren Volksgenossen am Rhein und Ruhr und in der Pfalz die Befreiung bringe.

Reichsjustizminister Emminger

teilt zu dem Antrag Hergt und Genossen auf Beteiligung der Hohenzollern mit, daß die Reichsregierung prüfe, wie weit das Strafgesetzbuch in dem von den Deutschnationalen gewünschten Sinne zu ändern sei.

Abg. Dr. Helfferich (D.-Nat.) erklärt: An der in diesen Sinne vaterländischen Haltung der Pfälzer Zugehörigkeit zu Bayern kein Zweifel sein.

Abg. Dr. Hepp (D.Vp.) schildert die furchtbaren Leiden, die die Pfälzer Bevölkerung unter dem Druck der französischen Besatzung und des Separatistenterrors erdulden mußte.

Dr. Helfferich (D.-Nat.)

legt zahlreiches historisches Material für die seit Jahrhunderten bestehende Gewalt- und Raubpolitik Frankreichs vor.

Der Redner erklärt: Die Unterstellung des Saargebiets unter ein internationales Regime hat Clemenceau durch gewissen Betrug erschlichen. Auch die Bejahung im Rheinland ist durch Betrug in den Versailler Vertrag hineingekommen, denn nach der Waffenstillstandsbedingungen sollten nur rechts des Rheins Zonen auf dem linken Rheinufer besetzt werden. Statt der anfänglichen 26 000 Mann Besatzung sind es jetzt mehr als 150 000 Mann. Die Reichsregierung hat leider nicht das Notwendige zur Wahrung unserer Rechte getan.

Der Kampf um unser Recht

muß auch hier im Reichstag auf der ganzen Linie einheitlich ausgeschoben werden. Die Partei darf, solange wir die außländischen Truppen nicht entfernt haben, keine Rolle spielen. Meine Pfälzer Landsleute haben in den Sammel gegriffen und haben mit ihrem eigenen Blut das Recht zum unterschreiben, Deutsche zu sein. Zwischenrufe des Abgeordneten Ledebour.) Solange die französischen Gewaltaten am Rhein dauern, es freilich keine Ruhe geben. Auch die Verwahrungen des Generals de Metz mit dem Kreisten Fremm mich nicht beruhigen. Wir wünschen, daß diese Abmachungen möglichst bald aufgehoben und die verfassungsmäßigen Zustände auch im Rheinland und Pfalz wieder hergestellt werden. Längst hat das System der

Okkupation sich selbst gerichtet.

Es muß verschwinden und wird verschwinden, wenn wir Deutschen unsere Pflicht erfüllen, die es die Pfälzer getan haben. Die Rede des Reichsinnenministers am Sonntag und Sonnabend unterschreiben wir nicht gegenüber, die Ausgewiesenen zu zerstreuen. Der Minister hat die Zweckbarkeit noch nicht richtig gestellt. (Minister Dr. Hoefle: Ich bin der Ueberlegen Sie doch das der Debatte in der nächsten Woche!) Das deutsche Volk will keine Bestimmungen. Es will Wahrheit. Wir wollen nicht den Schein der Freiheit, sondern die Freiheit selbst. (Beifall rechts.)

Abg. Gerstenberger (Bayer. Vp.) empfiehlt den Pfälzern Vorsicht gegenüber allen Parteien, die die Pfalz von Bayern oder vom Reich trennen wollen.

Als der Präsident verschiedenen Rednern das Wort geben will, aber keiner der Gemeldeten anwesend ist, weist sich die Sozialdemokratin Frau Pfülf und protestiert im Namen der Frauen gegen die Rede Helfferichs, soweit sie sich richtet gegen die französische Regierung, sondern gegen das französische Volk gerichtet habe.

Abg. Thomas (Komm.) begleitet die Ausweisungen als irregeleitete Proletarier.

Am 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Streik in der Berliner Mühlenindustrie.

Am 21. Februar abends traten die Arbeiter der Berliner Mühlenindustrie in den Streik. Sie bringen dadurch, ohne die von den Arbeitgebern gebotenen Verständigungsmöglichkeiten auszunutzen, ihr schwerer Fall eine lebenswichtige Industrie zum Stillstand.

Londoner Markkurs:

1 Pfund: 10½ Billionen Mark.

Nur 16 Stimmen Mehrheit für Poincaré.

Schwacher Regierungserfolg im Senat.

Paris, 21. 2.

Mit der Tagesordnung der heutigen Senatssitzung stand die Fortsetzung der Aussprache über die Wahrerklärung. Nach kurzer weiterer allgemeiner Erörterung begann die Beratung der einzelnen Artikel. § 1 lautet nach der Fassung der Abstimmungsfassung folgendermaßen. Die Vorschläge der Kammer werden nach dem Arrondissementswahlsystem gewählt."

Der Radikale Bentral forderte folgende Fassung: „Niemand kann zum Abgeordneten gewählt werden, der nicht mehr Stimmen als seine Gegenkandidaten hat."

Für die Ablehnung dieser Fassung hatte Poincaré die Vertrauensfrage gestellt. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag Peytral unter lebhafter Bewegung des Hauses mit 150 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Die Sitzung wurde geschlossen, die weitere Erörterung auf Dienstag vertagt.

Die Abstimmung ist ja auf morgen einberufen, um über die soeben erfolgte Abstimmung zu beraten. In den Wandelgängen der Kammer und des Senats wurde dieses Ergebnis lebhaft besprochen.

Der Senat trete heute in Anwesenheit des Ministerpräsidenten die Debatte über die Wahlreform fort. Der sozialistische Senator Brenier erklärt, die vierzigstärkste sozialistische Gruppe wolle für den Entwurf der Senatskommission, da gegen den von der Kammer angenommenen Entwurf stimmen. Die Sozialisten würden in diesem Falle für die Arrondissementswahl ein, da mit einem wahren Proportionalwahlrecht doch nicht zu rechnen sei.

Im Anschluß hebt der sozialistische Senator Renoult den

Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten und der radikalen Fraktion

hervor. Nach Ansicht des erstern stelle die Wahlordnung von 1919 einen bedeutenden Fortschritt auf diesem Gebiete im Sinne der Gerechtigkeit dar. Andererseits bekämpfe der Ministerpräsident den Senat, in diesem Punkte seinen Konflikt mit der Kammer zu schaffen. Die Wahlrechtskommission sei, wenn und gar nicht bieter Meinung. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß es darauf ankomme, auf dem Gebiete der Wahlreform das zu vermeiden, was für Frankreich und die Republik am Nützlichsten sei, und es komme der Kommission unter diesen Umständen wenig darauf an, ob die Wahlgesetzgebung sich in dem vom Ministerpräsidenten gewünschten Sinne entwickle, und ob die Kammer die Beschlußfassung des Senats hoffnungen unangenehm empfinde.

Nach Renoult erklärte der republikanische Senator de Blois, für ihn komme vor allem die Erwägung in Betracht, daß der Ministerpräsident nicht gestürzt werden dürfe. Wenn Poincaré zurücktrete, wäre es ein großes Unglück und es würde Einzelnes den sozialen Frieden bedeuten.

Der radikalsozialistische Senator de Jonnart erklärt, er möchte gerne, daß der Ministerpräsident auf die welchen Risiken der Arrondissementswahlsystems. Man müsse ihn in den Senat und in die Akademie sichern, damit er eines Tages wie ein Ritter wieder aufrichte, denn er glaube,

Poincaré sei der letzte Sieger der Republik.

Darauf wird die Generaldebatte geschlossen und man geht zur Beratung des Artikel 1 des Kommissionsentwurfes über, zu dem Senator Peytral den oben erwähnten Antrag gestellt hat. Es folgte dann die Abstimmung, die das oben berichtete Ergebnis hatte.

Paris, 21. 2. In der Kammer wurde mit 365 gegen 162 Stimmen der Antrag Thomson für die Dotivation und den Verkauf von Streichhölzern abgeschafft.

Fortdauer der französischen Repressalien in der Pfalz.

Noch wie vor Zusammenarbeiten mit den Separatisten.

m. **Pirmasens**, 21. 2. (Eigenbericht.) Durch die Verhaftung von südtirolischen Beamten in Pirmasens durch die französische Kriminalpolizei war es noch nicht gelungen die südtirolische Verwaltung wieder in Gang zu setzen, und durch die Verhaftung des Bezirksamtsvorstehers Dr. Wernicke ist die Wiederingangsetzung der bayerischen Verwaltung im Bezirk Pirmasens verhindert. **Bei den Repressalien wirken die Separatisten mit, die den französischen Gendarmerie- und Kriminalbeamten diejenigen Personalbeschreibungen bezeichnen, die verhaftet werden sollen und die auf diese Weise ihre Rache ausüben.** In der pfälzischen Bevölkerung greift immer mehr die Meinung um sich, daß durch diese Repressalien der französischen Besatzung die loyale Durchführung der Vereinbarung mit dem Sonderausschuß der Rheinlandkommission unmöglich gemacht werden soll und daß die Zustände in der Pfalz in einiger Zeit wieder Reichsfeindlichkeit mit denen zeigen werden, die zur Separatistenzeit herrschten. Es ist daher der bayerische Wunsch der pfälzischen Bevölkerung, daß die Sonderkommission möglichst bald wieder in die Pfalz zurückkehren möge, um über die loyale Durchführung der Vereinbarungen zu wachen.

*

Das System der Geiselverhaftung, das in der unglücklichen Pfalz von den entlassichen Franzosen augenscheinlich als Norm angewandt wird, bedeutet eine gröbliche Verletzung des internationalen Rechtes und einen Rückfall in die schlimmsten Tage des Ruhreinbruchs. Die deutsche Regierung wird die Notwendigkeit gegenüber Gegenmaßnahmen ernstlich ins Auge zu fassen haben. Es befinden sich genügend französische Staatsbürger auf deutschem Boden.

Beschlüsse des französischen Ministerrats.

Paris, 21. 2. Unter dem Vorsitz Millerands trat heute vormittag im Elysee ein Ministerrat zusammen. — Nachdem Poincaré einen Bericht über die außwärtige Lage erstattet hatte, unterbreitete der Minister des Innern und der Finanzminister den Präsidenten der Republik eine Verordnung, auf Grund deren die Bestimmungen über die Zulassung von Ausländern zu den Börsenräumen verschärft werden sollen.

Geplante Monopole für Deutschland.

Vier Spezialisten vom Ersten Sachverständigenausschuß ernannt.

Paris, 21. 2.

Der Erste Sachverständigenausschuß hat heute vormittag unter dem Vorsitz des Generals Dawes eine Sitzung abgehalten. Zunächst wurde ein mündlicher Bericht der Unterkommission für den deutschen Staatshaushalt entgegengenommen, der sich auf die Bedingungen bezog, unter denen ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Reichs hergestellt werden könnte, und auch die Möglichkeit, in die durch Einnahmen gedeckten Ausgaben einen Anteil für die Reparationszahlungen einzufügen. Zur Feststellung dieser Möglichkeit hat der Ausschuß vier Spezialisten für Monopolfragen ernannt, die besonders die Frage der Errichtung von Monopolen in Deutschland (für Tabak, Streichhölzer, Alkohol usw.) prüfen und den Ausschuß einer Bericht über die Vorteile und Nachteile solcher Monopole und über den von ihnen zu erwartenden Ertrag vorlegen sollen.

Die Namen der vier Monopol-Sachverständigen sind: Hulin, Meyer (Frankreich), Mazzabella, Alipranti (Italien).

Der Zweite Sachverständigenausschuß ist heute vormittag und nachmittag unter dem Vorsitz M'Kenna zusammengetreten. In den Sitzungen wurden die Erörterung über die Schlußfolgerungen und Empfehlungen fortgesetzt, die der Reparationskommission unterbreitet werden sollen.

Die beiden Unterausschüsse des Ersten Sachverständigenausschusses hielten heute nachmittag wie gewöhnlich Sitzungen ab.

Sachverständigenberatungen über die deutschen Kolonien?

Paris, 21. 2. (W. T. B.) Ein Berichterstatter des „Intransigeant" will von einem Gachverständigen der in Paris tagenden Kommissionen erfahren haben, daß gewisse Sachverständige vorschlagen, Deutschland seine Kolonien ganz oder teilweise zurückzuerstatten, um den Ausgleich des Budgets zu erleichtern. Der Gewährsmann des Berichterstatters soll es für möglich erklärt haben, daß diese Frage zur Debatte gestellt werde.

Pariser Stellungnahme zu den Folgerungen der Sachverständigen.

Paris, 21. 2. (T. U.) Trotz aller Zurückhaltung, die sich offizielle Persönlichkeiten in der Beurteilung der Sachverständigenarbeiten auferlegen, gilt es in unterrichteten Kreisen als sicher, daß die Pariser Regierung die französischen Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse ermächtigt hat, den Schlußfolgerungen auf jeden Fall zuzustimmen. Die vorsichtigen Mitteilungen, in denen ein Teil der Presse bereits diese Stellungnahme der Regierung bezeichnet, entsprungen offensichtlich dem Bestreben, das französische Publikum allmählich auf eine Maßregel, die den wirtschaftlichen Rückzug im besetzten Gebiet, vorzubereiten.

Beamtenministerium in Thüringen.

Stürmische Landtagseröffnung.

PP. **Jena**, 21. 2. (Eigenbericht.)

Die erste Sitzung des Landtags brachte unter stürmischen Kundgebungen der linken die Wahl des Präsidenten. Auf Vorschlag des Ordnungsbundes wurden zum Landtagspräsidenten Dr. Wernicke (Landbund), zu seinem Stellvertreter das Sozialdemokrat Leber und zum dritten Präsidenten der Deutschnationale Dr. Gerst gewählt.

Im Verlaufe der Sitzung wurde ein Antrag der Kommunisten auf Ausladung der Kommunisten des Abgeordneten abgelegt. Das gab den Linksradikalen Veranlassung, zur schimmsten Obstruktion überzugehen. Sie schlugen heftig auf die Tischplatten, so daß kaum noch ein Wort zu verstehen war. Es entstand ein furchtbarer Lärmlärm.

Trotzdem die gesamten bürgerlichen Abgeordneten sich zum Schutze um den Präsidenten scharten, sah sich der Präsident schließlich doch genötigt, den furchtbaren Radau wegen die Sitzung auf eine halbe Stunde zu vertagen.

Um 8¼ Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Jetzt erst konnte endlich die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen werden. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Finanzministerium: Ministerialrat Dr. Stolze-Weimar,

Inneres und Wirtschaft: Landrat a. D. Dr. Sattler-Königsee,

Volksbildung und Justiz: Reichstagsabgeordneter Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser, Jena.

Als Staatsräte fungieren: Landgerichtspräsident Dr. Fritz-Meiningen (Leiter der Justizverwaltung), Studienrat Dr. Herfurth-Weimar (Leiter der Kultusabteilung), Dr. v. Rüdigner und Landrat Erich Porr-Klein-Gudersbach.

Die Demokraten gaben eine Erklärung dahingehend ab, daß sie bei „einseitig aufgestellte" Kabinett nicht unterstützen können. Sie seien für eine Koalitionsregierung.

Landtagsauflösung in Bayern

Neuwahlen am 6. April.

ku. **München**, 21. 2. (Eigenbericht.) Der bayerische Landtag hat heute nachmittag beschlossen, sich am 5. April, das ist der Tag vor den Neuwahlen, aufzulösen. Der Beschluß entspruch mit Nicht auf den Erfolg des Volksbegehrens einer im Lande bei Vermißt aus anfangs gekommenen interessiert. lonellen Bereinbarung und wurde dementsprechend einstimmig gefaßt. Der Landtag hat bis jetzt bis noch nicht erledigter gesetzerstellen Arbeiten abzuschließen. Die Neuwahlen des Landtags sind auf den 6. April anberaumt.

Flottendebatte im englischen Unterhaus

Sofortiger Bau von 5 Kreuzern beabsichtigt. — Opposition der Liberalen und der radikalen Gruppe der Arbeiterpartei.

A. **London**, 21. 2. (Eigenbericht.)

Die Regierung rief heute im Unterhause das größte Aufsehen durch eine Ankündigung hervor, daß sofort fünf Kreuzer in Bau gegeben werden sollen. Die Ankündigung wurde bei den Konservativen mit starkem Beifall, bei dem größten Teil des übrigen Hauses mit offenbarem Befremden aufgenommen. Von liberaler Seite wurde sofort ein Antrag eingebracht, die Tagesordnung zu unterbrechen und in die Diskussion über die neue Regierungserklärung einzutreten. Der Antrag war nicht nur von den Liberalen, sondern auch von der radikalen Gruppe der Arbeiterpartei unterstützt, trotzdem vielmals die eigenartige parlamentarische Lage dieser Regierung zum Ausdruck kommt. Die Debatte wird heute abend fortsetzen.

Die Aufstellung der Opposition zu diesem Schritt der Regierung wurde an zahlreichen Anfragen deutlich, die sich an die Ankündigung knüpften. Die Begründung der Regierungsvertreter, daß die Maßregel mit Rücksicht auf die starke Arbeitslosigkeit beschlossen sei, rief offenbar nur geringen Eindruck hervor. Die Anfragen der Opposition gingen besonders auch dahin, ob die neuen Schiffe für die Verteidigung des Landes dringend notwendig seien, und ob die dafür notwendigen Gelder nicht besser für produktive Zwecke verwendet werden können, auch wurde gefragt, ob von diesem Entschluß ein moralischer Eindruck auf die Weltstimmung erwartet werde.

Die Entschädigungsforderungen in Amerika.

e **New York**, 21. 2. (Eigenbericht.) Die gemischte Kommission für Kriegsforderungen behandelte 70 aus dem Untergang der „Lusitania" herrührende Entschädigungsforderungen, darunter 50 für den Verlust des Lebens, 10 für Krankheiten, 10 für Verletzungen und Schäden. Die Entschädigungen wurden auf ein Fünftel der ursprünglichen Forderungen herabgesetzt.

London, 21. 2. (T. U.) Nach einer Meldung aus New York ist die chinesische Regierung zurückgetreten.

„Unfähigkeit des deutschen Generalkonsuls in Memel."

W. T. B. verbreitet zu der im gestrigen Abendblatt der „D. A. Z." unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Zuschrift aus Memel folgende halbamtliche Mitteilung:

„Eine hiesige Zeitung bringt in ihrer Abendausgabe einen scharfen Angriff gegen den deutschen Generalkonsul in Memel, der von sachlich unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und deshalb nicht unwidersagt bleiben darf.

Der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer, Dr. Dieser, ist, als ihm durch einstimmigen Beschluß der Außenhandelsbewilligungskommission die Verzinsung seiner um 15. 2. 24 abklaufenden Außenhandelsbewilligung verweigert wurde, die Vermittlung des deutschen Generalkonsuls angeboten worden, für ihn aber von ihm abgelehnt worden. Erst nach erfolgter Ablehnung, kurz vor Abgang seines Zuges, hat er sich an das Generalkonsulat gewandt, also zu einer Zeit, wo selbstverständlich eine wirksame Intervention nicht mehr möglich war. Gleichwohl sind von dem Generalkonsulat unverzüglich bei den litauischen Oberkommissar Vorstellungen erhoben worden, die aber in diesem vorgerückten Stadium einen Erfolg nicht mehr zeitigen konnten.

Was sodann die demagogische Anrufung des englischen Konsuls durch Angehörige des Memellandes betrifft, so findet diese dadurch ihre Erklärung, daß dieser englische Konsul, der heute nicht mehr in Memel amtiert, Mitglied der ersten von der Botschafterkonferenz eingesetzten internationalen Memelkommission gewesen ist; die ihn anrufenden Persönlichkeiten haben sich daher von ihm anscheinend eine besonders wirksame Förderung ihrer Interessen bei der Botschafterkonferenz bzw. beim Völkerbund versprochen, während ihnen andererseits bekannt war, daß Deutschland nach Artikel 99 des Versailler Vertrags ausdrücklich auf jede Einmischung in die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse des Memellandes verzichtet hat. Das deutsche Generalkonsulat hat sich daher vorsehen müssen, daß ihm von dem Schutz der deutschen Interessen angelegen sein lassen; um so mehr muß dabei die unzutreffende und tendenziöse Darstellung der Tätigkeit des deutschen Generalkonsulats in Memel bedauert werden."

*

Das Auswärtige Amt sucht, übrigens bemerkenswert prompt, die Angriffe der Beamten zu decken. In unserem Bedauern entkräftet die offizielle Mitteilung die gegen den Grafen Model erhobenen Vorwürfe in keiner Weise. In unserer Zuschrift ist festgestellt, daß das deutsche Generalkonsul bei den Memellanden „jeglichen politischen Kredit und jedes persönliche Vertrauen verlorene" hat. Nichts in Dieser die „ihm angebotene" Vermittlung des Generalkonsuls ablehnte, so liegt darin ein frappanter Beweis für diese Tatsache.

Ihr Wunsch? zu den Gerichtsbarkeit ist nicht die Anrufung des englischen Konsuls an sich. Wenn die Memellander aus persönlichen Gründen von seiner Seite besondere Unterstützung erwarteten, so wäre es höchst unfug gewesen, diese Unterstützung nicht in Anspruch zu nehmen. Aber sie haben blog diesen unangenehmsten Weg wählen können und ihre Schritte vor dem deutschen Generalkonsul geheim gehalten, weil sie fürchten mußten, er werde ihre Absichten durchkreuzen. Hierin besteht das Empörende dieses Zustandes, für den noch eine sehr lange Reihe anderer Belege angeführt werden könnte.

Im übrigen führt die Ausläßung des Auswärtigen Amtes einen nebenbei höchst bedauerlichen Artikel des Versailler Schandbriefes zur Begründung der merkwürdigen Haltung des Grafen Model an. — Wenn das der Geist ist, in dem von unseren diplomatischen Vertretungen Grenzlandpolitik gemacht wird, dann brauchen wir uns über die wachsende Erbitterung nicht zu wundern, die im Memelland und anderswo gegen die Wilhelmstraße besteht.

Internationale Konferenz über den Achtstundentag?

Angeblicher Plan der englischen Regierung. — Bedenken des Internationalen Arbeitsamts.

Genf, 21. 2. (W. T. B.)

Wie hier bekannt wird, beabsichtigt die englische Regierung am 21. März eine internationale Konferenz über die Frage des Achtstundentages einzuberufen. In Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes hegt dieser Plan jedoch auf starke Bedenken, da nicht eine Regierungskonferenz, sondern nur eine satzungsgemäße internationale Arbeiterkonferenz mit Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Vorregelung der durch das Washingtoner Abkommen geregelten Frage des Achtstundentages zuständig sei. Auch heißt es, daß eine andere Gruppe macht den Plan einer solchen Konferenz bekämpfen würde. Der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Wissell hat gestern in Amsterdam bei den anwesenden in Polen weilenden Direktors des Internationalen Arbeitsamts Thomas nach London begeben, um mit der englischen Regierung über diese Fragen zu verhandeln. In unterrichteten Kreisen gilt es als nicht ausgeschlossen, daß immerhin eine Regierungskonferenz in engerem Rahmen dadurch ermöglicht werde, daß man an den kürzlichen Beschluß Oesterreichs der bedingten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betreffend den Achtstundentag anknüpfe. Oesterreich hat sich zur Ratifizierung bereit erklärt, falls auch alle sechsmonate andere Staaten das Abkommen ratifizieren. Die Regierungskonferenz würde damit, so heißt es, eine Konferenz dieser elf Staaten werden.

Albert Thomas in Posen.

Warschau, 21. 2. (T. U.) Am Mittwoch abend ist Albert Thomas, der Präsident des Internationalen Arbeitsbureaus in Genf, in Posen eingetroffen, begleitet von seinen Sekretären Nielsson und Lebrun. Thomas ist von der polnischen Grenze ab Gast der polnischen Regierung. Am Bahnhof wurde er von Vertretern des polnischen Arbeitsministeriums, dem Eisenbahnen Hindemanns und dem Generalsekretär Rybicki begrüßt. Einem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur erklärte Thomas, er sei nach Polen gekommen, um der polnischen Regierung für ihre Ratifizierung der 13 internationalen Arbeitskonventionen zu danken und bei der Schaffung eines ausgedehnten organisierten Arbeitsschutzes in Polen behilflich zu sein.

Rußland will keinen Völkerbund.

Moskau, 21. 2. (C. G.) In einer scharfen Polemik gegen französische Blätter, welche sich gegen den Eintritt bzw. die Einbeziehung Sowjetrußlands in den Völkerbund aussprechen, erklären die offiziösen „Isweestia", von russischer Seite werde der Eintritt in den Völkerbund überhaupt gar nicht erwogen. Dieser Bund sei nichts weiter als ein Instrument der starken imperialistischen Mächte zur Unterdrückung der kleinen Völker. Rußland habe mit dieser Organisation nichts zu schaffen.

Rußland und Schweden.

Warschau, 21. 2. (Eigenbericht.) In den offiziellen Kreisen Rußlands herrscht große Unzufriedenheit mit der Haltung Schwedens und insbesondere gegen den Außenminister Dyger, der sich weigerte, Sowjetrußland de jure anzuerkennen, weil die Verhältnisse in Rußland keinerlei Garantie für die Stabilität der Regierung böten, die Moskauer Regierung fühle sich nicht auf das Vertrauen des Volkes. Es sei heute noch gar nicht abzusehen, welche Politik das kommende Rußland den Kondinavien gegenüber einnehmen werde, jedenfalls müsse sich Schweden Sowjetrußland gegenüber große Reserve auferlegen.

Litwinow äußert sich zur Stellungnahme Schwedens in der „Prawda" wenig, daß Schweden wahrscheinlich noch einige Jahre: feind von Rußland stehenbleiben werde. Die schwedischen Kommunisten beschuldigen den Außenminister Dyger, er einen offenen Bruch mit Sowjetrußland vorbereite.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Dep. Geld	4 %	4½ %		Amsterd.	37,88	37,21
Berlin	22½ G.	22½ B.	22½ G.	22½ B.	Athen	—,—	17,20
Amsterd.	22½	Ch. p. Sch.	22½	Cal. p. Sch.	Kopenh.	15,94	15,73
monatlich	22½	„	22½	„	Prag	2,91	2,99
London					Madrid	14,29	14,22
Cabel Tr.	4,32,11		4,29,87		Madrid	—,—	12,72
Cabel Mkt.	4,29,12		4,26,87		Wien		
Paris	4,24		4,14		Zürich	64½	64
Brüssel	—,—		3,50				

New York, Produktenmarkt.

Kaffee loco	14,00	14,00	Eisen	22,75	22,75
„ März	14,18	14,35	Weizenmehl	5,50	5,50
„ Mai	13,85	14,00	Schmalz	12,05	12,00
„ Juli	13,55	13,80	Talg	8½	8½
„ Sept.	13,30	13,58	Zuckerrohr, Cuba	9,75	9,75
Zucker	3,10	3,58	Kupfer	10,34	10,29
Getreidefracht	30,40	30,40	Petroleum	17,15	17,15
„ Febr.	—,—	29,40	„ Tanks	7,00	7,00
„ März	30,10	29,65	Stand. wh.	14,00	14,00
„ April	30,40	30,05	Prod. Ang.	4,50	4,50
„ Juli	29,65	29,17	Lonsto Mkt.	5,57	5,45
Mehl	18 000	16 000	Ob. Mid.	5,63	5,52
Weizen	130½	133	Baumwolle	102,00	100,00
Mais	8,97	8,87	„ Sept.	96,75	96,75
Zucker	6,82	6,87	Baumw. Liv.	30,50	30,25

	21. 2.	20. 2.		21. 2.	20. 2.
Chicago, Mai	126½	128	Mehl, Sp.	5,10-5,50	5,10-5,50
Sept.	127½	127	Getr. Frgt.	3 sh 8d	3 sh 8d
Mais	95	94½	Kaffee	13 cts.	13 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

				21. 2.	20. 2.
Chicago Mai	110½	110½	Schmalz, Mai	11,25	11,22½
Juli	110½	110½	Speck, Mai	9,67½	9,67½
Mais Mai	80½	80½	Rippen	9,37½	9,37½
Juli	80½	80½	Schweine, leb.	6,80	6,60
Hafer Mai	48½	48½	Schweine, Packer	7,10	7,35
Juli	46½	46½	Schweine, Packer	7,00	7,30
Roggen Mai	72½	71½	Schweine, Packer	7,25	7,40
Juli	73½	73½	Zufuhren	65 000	34 000
Getreidefracht	11,05	11,02½	Zufuhren	191 000	182 000

Die Pfalzregelung.

Von unserem Berichterstatter.

m. **Mannheim**, 21. Februar.

Es ist falsch, die Beurteilung zwischen dem pfälzischen Kreisausschuß und der rechtsmäßigen pfälzischen Kreisregierung einerseits und dem Sonderausschuß der Rheinlandkommission andererseits als eine Neuregelung in dem Sinne einer Aenderung der Verfassungsrechtlichen Verhältnisse aufzufassen. Noch unrichtiger ist die Ansicht, diese Vereinbarung sei ein Kompromiß oder sogar ein Verzichtungsschritt der Pfälzer. Der größte Irrtum jedoch ist es, die Gefahr, die der Pfalz durch die französische Rheinlandpolitik seit Beginn der französischen Besetzung droht, durch die Vereinbarung als vorläufig überwunden zu betrachten. In der pfälzischen Interpellation im Reichstag hat ein pfälzischer Abgeordnetes mit Recht darauf hingewiesen, daß der Horizont noch nicht ganz erhellt ist.

Um die durch die Vereinbarung in der Pfalz geschaffene Lage richtig beurteilen zu können, muß man sich die Entwicklung der Verhältnisse, die zu der Vereinbarung geführt haben, vor Augen halten. Es steht fest und General de Metz hat es vor dem Sonderausschuß-einkreis in die Pfalz gekommen, daß die Franzosen die Separatisten nur als Zuchtrute, als Mittel zum Zweck benutzen wollten, um das pfälzische Bürgertum für die Lösung von der Pfalz von Bayern und Reich würde zu machen.

Selbst wenn die Separatisten sich in der Pfalz hätten durchsetzen können, hätte die französische Regierung die französische Regierung nicht am Ruder gelassen. Sobald die Lösterrennung der Pfalz von Bayern und Reich durchgeführt worden wäre, müssen die in den Augen der Franzosen moralisch nicht einwandfreien Separatisten allmählich nach der Absicht der Franzosen durch Persönlichkeiten ersetzt worden, die bei der pfälzischen Bevölkerung Vertrauen und Ansehen genießen. Gedacht war dabei an die gewählten Vertreter des pfälzischen Selbstverwaltungskörpers, des Kreisrates, dem General de Metz vor dem Separatistenausschuß in die Pfalz die Uebernahme der pfälzischen Regierung angeboten hatte, und von dem er erwartete, daß er nach der ersten Ablehnung seinem Plane geneigt erscheinen würde, wenn die pfälzische Bevölkerung erst einmal durch die Abtrennung der Pfalz von vollendete Tatsachen gestellt sei. Daher auch auch die Sonderkommission auf ihre ersten Verhandlungen zurück und hat dem Vorsitzenden des pfälzischen Kreisausschusses die Presidentschaft der Pfalz und dem Kreisausschuß, der sich aus sämtlichen Vertretern der pfälzischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zusammensetzt, die Regierung der Pfalz an. Der Vorsitzende und der Kreisausschuß lehnten jedoch dieses Ansinnen ebenso kategorisch ab, wie damals bei der Aktion Hoffmann, als Dieser und General de Metz vergeblich versuchten, die bürgerlichen Parteien der Pfalz für die Aktion Hoffmann zu gewinnen.

Damit war einmal klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die pfälzische Bevölkerung von einer Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Pfalz zu Bayern und Reich nichts wissen will, und daß unter der politische Situation gelitt. Der Interalliierte Sonderausschuß ließ auch diesen Plan fallen. Er trat mit dem Kreisausschuß in Verhandlungen wegen der Wiederherstellung der rechtmäßigen bayerischen Verwaltung ein.

Nach der Enquete des englischen Generalkonsuls Clive stand die Interalliierte Rheinlandkommission in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkt, daß die Separatistenregierung als Usurpatorregierung nicht anerkannt werden könne. Die separatistische Regierung müsse daher baldmöglichst beseitigt werden, wenn die durch die Separatisten in der Pfalz aus schwerste gefährdete Ruhe wieder hergestellt werden soll. Der Kreisausschuß hat auch von vornherein bei sein